

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großböhrensdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inb. S. W. Mohr)  
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 151

Freitag, den 2. Juli 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Lehnguts (Besitzer Firma C. G. Großmann) in Nichtenberg und des Gutsbesizers Max Gärtner in Nichtenberg Nr. 127 ist erloschen. Die Bestimmungen, die durch die Sperr- und Beobachtungsgebiete gebildet werden, treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 29. Juni 1926.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

## Das Wichtigste

Der Rechtsausschuss und der Beamtenausschuss des Reichstages haben sich bereits bis zum Oktober vertagt.

Die diesjährigen Herbstmanöver der französischen Besatzungstruppen sollen sich wieder im Kreise Schleiden abspielen. Wie man annimmt, ist die Gegend zwischen Londersdorf und Berk aussersehen.

Nach einer Meldung aus Kairo beträgt die Zahl der Opfer des Erdbebens in und rund um Kairo insgesamt 110 Tote und 60 Verletzte. Ueber 400 Häuser wurden zerstört oder beschädigt.

In Remmuth (Schwaben) überraschte ein Gewitter den 16-jährigen Dekonomensohn Leonhard Hartmann und seinen 14-jährigen Bruder Anton bei der Heuernte. Beide hatten unter einer Tanne Schutz gesucht. Dort traf sie ein Blitz. Beide Knaben wurden getötet.

Rutisker wurde in seiner Wohnung verhaftet. Sein Gesundheitszustand hat sich erheblich gebessert.

Die Opposition gegen das französische Kabinett Briand-Caillaux wächst. Man rechnet mit dem Rücktritt der Regierung.

Die Lage in Spanien ist gespannt. Die Unzufriedenheit gegen die Diktatur Primo de Rivera nimmt zu.

## Vertilgung und sämische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Olympia-Theater.) Wieder einmal ist das Olympia-Theater bemüht, den Besuchern einen besonderen Genuss zu bereiten. Es bringt diese Woche den Film „Rosenmontag“ und hat dazu den Mitspieler im Film, Herrn Otto Reinwald, den Bruder der bekannten Film-Diva Grete Reinwald, die kürzlich den Schönheitspreis erhielt, zum persönlichen Auftreten verpflichtet. Bisher war es nur üblich, daß Film-Schauspieler bei Erstaufführungen zugegen waren. Mit „Rosenmontag“ erleben wir zwar keine Erstaufführung, aber es ist ein Film so recht geschaffen für deutsches Gemüt und deutschen Sinn. Und wo bisher der Film gezeigt wurde, mußte er des Erfolges wegen immer wieder verlängert werden. Wie aus der Anzeige ersichtlich, ist eine Verlängerung ausgeschlossen, sodas jeder gut tun wird, sich rechtzeitig seinen Platz zu sichern.

(Inkraftsetzung der Schaumweinsteuer.) Der Antrag auf Hinausschiebung der Inkraftsetzung der Schaumweinsteuer ist von der Reichsregierung nach kurzer Beratung abgelehnt worden, da ein weiterer Verzicht auf die Einnahmequelle für die Finanzen nicht ratsam sei. Wer nach dem 1. Juli mehr als 50 Flaschen Schaumwein besitzt, muß also nachsteuern.

(Das anormale Wetter eine „Schwankung um die Normallage“.) Es ist kein Zweifel, daß die Wetterverhältnisse der letzten Jahre in einem Teile des Publikums eine nervöse Spannung hervorgerufen haben. Man darf jedoch nicht, wie die Leiter der Berliner Wetterdienststelle im Meteorologischen Institut unserem Berliner Vertreter mitteilte, von klimatischen Aenderungen der Atmosphäre sprechen. Es handelt sich nur um Schwankungen um die Normallage herum. Gewiß sind Unregelmäßigkeiten zu konstatieren, so war z. B. in diesem Jahre der Mai und der Juni zu kühl, der April zu warm, aber rechnet man die Mitteltemperatur des Jahres aus, so kommt man doch zu einem normalen Ergebnis. Was die gegenwärtige Ueber-schwemmungsperiode anlangt, so ist mit einer baldigen günstigen Aenderung zu rechnen. (Sie scheint ja nun glücklicherweise bereits eingetreten zu sein.) Die großen Niederschläge haben nachgelassen und es stehen, speziell in Deutschland, nur noch einige ganz wenige bevor. Die nächste Zeit wird Trockenheit bringen. Jedenfalls ist kein Grund vorhanden, die Gesamtheit der Witterungsverhältnisse als übermäßig anormal zu bezeichnen, und viele Annahmen, daß z. B. die Sonnenflecken einen besonderen Einfluss in diesem Falle ausüben, sind noch ganz unbewiesen und vorläufig als eine form-spekulativer Betrachtung mit größter Reserve aufzunehmen.

## Briand—Caillaux bereits am Ende?

Sicheres Scheitern des Kompromißgesetzes über die Fürstenenteignung — Die Sozialdemokraten lehnen ab und werden Auflösung beantragen

### Der Sturz des französischen Kabinetts schon wieder in Sicht.

Paris. Die bisherigen Maßnahmen des französischen Finanzministers Caillaux haben in allen Kreisen größte Enttäuschung hervorgerufen. Die Hoffnung, die man auf Caillaux gesetzt hatte, daß er nämlich endlich der französischen Inflation steuern und den Franc stabilisieren werde, schwindet von Tag zu Tag mehr. In der Pariser Kammer sieht sich der Finanzminister einer großen Opposition gegenüber. Im Verlaufe der Verhandlungen über Kreditfragen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Caillaux und den Sozialisten. Unter dem ungünstigen Eindruck der Kammerdebatte und infolge des Ausbleibens von Maßnahmen seitens des französischen Finanzministers ist der Franc von neuem gefallen. Die Nachricht, daß Caillaux versuchen werde, von England und Amerika einen Kredit von 500 Millionen Dollar zur Stabilisierung des Franc zu erlangen, hat in den Parlamenten erregten Widerspruch hervorgerufen. Wenn auch das Finanzministerium die Nachricht von einem Kredit-gesuche im Auslande widerruft, so glaubt man dennoch, daß Caillaux Vorbereitungen mit englischen und amerikanischen Finanzkreisen gehabt hat.

Bei allen Parlamentsgruppen herrscht aber stärkste Abneigung gegen die Aufnahme eines ausländischen Kredits, und man nimmt allgemein an, daß Caillaux oder sogar das ganze Kabinett in der nächsten Woche, wenn genaue Angaben über die Anleihe veröffentlicht werden sollen, gestürzt wird. Am Dienstag nächster Woche soll die Abstimmung über die Finanzprojekte der Regierung stattfinden. Man erwartet, daß die Regierung in die Minderheit versetzt wird, weil sich sowohl von rechts wie von links eine starke Mehrheit gegen die Regulierung der französisch-amerikanischen Schulden und damit gegen die Grundlage des Finanzprogramms der Regierung bemerkbar macht. In Parlamenten wird bereits die Frage erörtert, wer Nachfolger Briands werden soll.

### Die Deutsche Reichsbank will den Franken stabilisieren?

Ein Pariser Blatt bringt die Aufsehen erregende Nachricht, daß der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, seine Hilfe für die Stabilisierung des Franc angeboten habe. Dr. Schacht will allen spekulativen Manövern gegen den Franc an der Berliner Börse und anderen Plätzen des Kontinents mit den Mitteln der Reichsbank entgegenreten, und zwar für die Dauer von zwei Monaten. Als Gegenleistung müßte Frankreich einwilligen, die Besatzungstruppen am Rhein sofort um die Hälfte zu vermindern und das Rheinland innerhalb von sechs Monaten vollständig zu räumen. Eine Nachprüfung dieser Meldung ist von Paris aus natürlich nicht möglich.

### Wozu unterhält Frankreich Gendarmerieposten im besetzten Gebiet?

Eine deutsche Beschwerde in Paris.  
London. In diplomatischen Kreisen Londons hat man mit großem Interesse die Nachricht von Deutschlands Bemühen um die Rückgabe des besetzten Gebietes vernommen. Eine diplomatische Persönlichkeit

betonte, daß England nirgends dort Gendarmerieposten hat, wo es keine Truppen unterhält. Schon deshalb nicht, weil dies Verhalten ganz unlogisch wäre.

Entweder ist die Bewachung nötig, und dann sind eben die Truppen da, oder die Truppen sind nicht da, und dann beweisen sie durch ihre Abwesenheit, daß sie nicht nötig sind. Wenn Frankreich trotzdem an dreißig verschiedenen Plätzen Gendarmerie unterhält, so erscheint das ebenso unlogisch wie unfair. Unfair schon deshalb, weil der Friedensvertrag von Versailles hier keine rechte Hand habe gibt. Es ist da nur von Sicherheit gesprochen, keineswegs von der Erlaubnis, solche Gendarmerieposten aufzustellen. Allerdings besteht auch kein Verbot hierfür. Wenn man sich aber mit Bezug auf den Friedensvertrag auf den Standpunkt stellen will, daß den Alliierten alles erlaubt ist, was ihnen nicht verboten ist, dann könnte das zu schönen Zuständen führen. Man ist in London mit dem Inhalt des deutschen Protestes vollständig einverstanden.

### Sicheres Scheitern des Kompromißgesetzes über die Abfindung der Fürsten.

Was dann?

Berlin. Da das Kompromißgesetz vorläufig keine Aussicht auf eine Zweidrittelmehrheit hat, wird die Frage der Auflösung des Reichstages lebhaft erörtert. Es steht fest, daß beim Reichspräsidenten noch keinerlei Entscheidung in dieser Frage gefallen ist. Es steht weiter fest, daß sowohl für die Mehrheit des Kabinetts, vor allem aber auch für den Reichspräsidenten, die Auflösung des Reichstages ganz indiskutabel ist, solange nicht der Reichstanzler aus dem Ergebnis der Verhandlungen über das Kompromißgesetz die Sicherheit gewinnt, daß bei Neuwahlen ein Reichstag zustande kommen wird, der mit Zweidrittelmehrheit das Kompromiß annehmen würde. Diese Möglichkeit ist aber sehr gering, da die Sozialdemokraten im Wahlkampfe nicht für das Kompromißgesetz, sondern für die entschädigungslose Enteignung eintreten würden.

Wahrscheinlich wird der Kampf um das Gesetz mit allen Mitteln der Geschäftsordnung bis zur letzten Minute in der Sitzung vom Freitag geführt werden. Das Kabinett hat damit die Verpflichtung, sich in wenigen Minuten am Freitag nach der wahrscheinlichen Ablehnung des Gesetzes über die weiteren Maßnahmen zu entscheiden. Die Vertagung der Beratung steht für diesen Fall noch immer im Vordergrund der Erwägungen.

### Die Sozialdemokraten lehnen ab und werden Auflösung beantragen

Berlin, 1. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heute abend nach der Plenarsitzung abgehaltenen Fraktionsitzung mit 73 gegen 38 Stimmen beschlossen, in der dritten Beratung über das Gesetz über die Auseinandersetzung mit den normals regierenden Fürstenthümern mit nein zu stimmen, also die Vorlage abzulehnen. Die preussische Landtagsfraktion der Sozialdemokraten hat in einem Schreiben die Reichstagsfraktion um Annahme der Vorlage ersucht. Damit sind alle weiteren Verhandlungen mit den Regierungsparteien über die Frage erledigt. Der Fraktionsvorsitzende Wels wird morgen bei der dritten Beratung des Gesetzes den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstages fordern.

### Zum Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Berlin, 2. Juli. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Fürstenvorlage abzulehnen, wird von den

